

## AUSSENPOLITIK

### Westeuropa

#### (1) Peking begrüßt die Vorstellungen des französischen Generalstabschefs zur Verteidigung Europas

Der französische Generalstabschef, General Guy Méry, der auf Einladung der chinesischen Regierung Anfang Juni die Volksrepublik besuchte, wurde u.a. von Ministerpräsident Hua Kuofeng und vom 78 Jahre alten Marschall Yeh Ch'ien-ying empfangen (durch dieses Ereignis wurde übrigens auch deutlich, daß Yeh nach wie vor Verteidigungsminister ist). Auch besichtigte der Gast Einheiten der VI. Panzerdivision in der Nähe Pekings.

Im Gegensatz zu heftiger Kritik aus Moskau fand das Verteidigungskonzept des französischen Generalstabschefs in Peking, das dieser in der Juni-Ausgabe des französischen Magazins "Défense Nationale" veröffentlicht hatte, Aufmerksamkeit und Beifall. Hsinhua (NCNA 9.6.76) brachte Ausschnitte aus dem Aufsatz des französischen Generals. Méry fordert, daß Frankreich im Falle eines militärischen Ost-West-Konflikts mit den NATO-Partnern an vorderster Front gegen die Staaten des Warschauer Paktes kämpfen solle. Frankreich möge sich bereithalten, mit seinen gesamten Streitkräften oder mit einem Teil von ihnen in der gesamten Zone zu intervenieren, wo die Sicherheit des Territoriums (Frankreichs) am unmittelbarsten bedroht ist: Das ist - um es schematisch zu sagen - Europa und seine unmittelbare Umgebung, besonders das Mittelmeerbecken. Hsinhua hebt auch die Vorbehalte des Generals gegenüber der Entspannungspolitik hervor, wie sie z.Zt. in Europa getrieben wird.

Moskau hatte demgegenüber die vorgeschlagene Strategie als eine "fundamentale Abkehr" von der auf nationale Unabhängigkeit gegründeten Politik der Rundumverteidigung bezeichnet. Peking wünscht sich dagegen eine starke französische Verteidigungspolitik, die sich nicht nur auf die nationalen Grenzen beschränkt, sondern mit der NATO loyal zusammenarbeitet und nach Möglichkeit eines Tages in eine Art Neo-EVG einmündet.

Angeblich hat der französische Gast auch über die Lieferung von Panzern, Kampfflugzeugen, Raketenwerfern und Düsentriebwerken verhandelt. Dies wenigstens berichtete die in Hong Kong erscheinende "South China Morning Post". Chinesische Regierungsvertreter hätten über die Waffenlieferungen bereits mit mehreren französischen Militärdelegationen gesprochen. In dem Bericht heißt es weiter, die Chinesen seien besonders an dem Amphibienpanzer AMX 30 interessiert, der wegen seiner Wendigkeit, seines leichten Gewichts und seiner hohen Feuerkraft für das Wüstengebiet entlang der Grenze zur Sowjetunion im Norden Chinas besonders geeignet sei.

### Nordamerika

#### (2) Polemik gegen die "Sonnenfeldt-Doktrin"

Am 5.4.1976 veröffentlichte das amerikanische State Department offiziell die Auszüge aus einer Rede, die Helmut Sonnenfeldt, der Berater des State Department, im Dezember 1975 auf einer Londoner Sitzung der amerikanischen Botschafter in Europa gehalten hatte. In dieser Rede hatte Sonnenfeldt ausgeführt, es gäbe für die USA "keine Möglichkeit, das Auftreten der Sowjetunion als Supermacht zu verhindern ... Alles, was wir tun können, ist, auf die Art und Weise einzuwirken, in der sich diese Macht entwickelt..., um ihre ... Grundlage natürlicher und organischer zu gestalten". Dieses Faktum müsse besonders bei der Osteuropa-Politik Berücksichtigung finden. Dort ist überall der "glühende Wunsch" vorhanden, sich aus der Zwangsjacke der Sowjetunion zu befreien... Aber die einzige vereinheitlichende Kraft von Bedeutung ist die Präsenz reiner sowjetischer militärischer Macht ... Unsere Politik muß es sein, eine Evolution anzustreben, die die Beziehungen zwischen den Osteuropäern und der Sowjetunion organisch gestaltet..., so daß die sowjetisch-osteuropäischen Beziehungen nicht eines Tages explodieren und damit einen dritten Weltkrieg auslösen". - Vor allem von Seiten der Rumänen ist gegen diese Doktrin angeköpft worden. Wie die rumänische Zeitung "Scinteia" am 13.4. ausführte, versuche Sonnenfeldt, mit seiner Formel von den sogenannten

„organischen Beziehungen“ für einige Länder unpassende Aktionsprinzipien festzulegen. Er rate ihnen, in unterschiedlichem Maße ihre Unabhängigkeit aufzugeben, ihre staatliche Souveränität zu beschränken und ihre Beziehungen entsprechend der vom Imperialismus in internationalen Beziehungen praktizierten Formel zu organisieren.

Es gäbe keineswegs eine Aufteilung der Welt zwischen den Großmächten und auch keine „natürliche Abgrenzung der Einzelsphären“, der „Interessensphären“ und der „geopolitischen Zonen“.

China unterstützt diese Ausführungen. Rumänien werde immer bemüht sein, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen und jegliche Interventionen von außen zu bekämpfen. Kein führender US-Diplomat dürfe sich zum Fürsprecher sowjetischer Hegemonie in Osteuropa machen (PRu 1976, Nr.18, S.29f.).

## Afrika

### (3) Das chinesische Außenministerium verurteilt die „reaktionären südafrikanischen Behörden wegen blutiger Unterdrückung des azanischen Volkes“

Am 28.6. gab das chinesische Außenministerium eine Stellungnahme zu den Vorgängen von Soweto in den Außenbezirken von Johannesburg ab. Die Massendemonstrationen schwarzer Studenten gegen die Anordnungen der „rassistischen Vorster-Behörden, Afrikaans zur Pflichtsprache in den Schulen zu machen“, seien Anlaß zu einer Massenbewegung der schwarzen Bevölkerung gegen die Apartheid und Rassendiskriminierung gewesen. Die südafrikanischen Behörden hätten in ihrem „verzweifelten Kampf“ Zuflucht zu „konterrevolutionären Doppeltaktiken genommen, um ihrem eigenen Untergang zu entgehen“: Einerseits hätten sie durch Polizei- und Militäreinsatz mehr als 100 Menschen niedergemetzelt und mehr als 1000 verwundet; andererseits hätten sie von Aussöhnung der Rassen im Inland und vom Dialog sowie Friedensgesprächen außerhalb des eigenen Landes gesprochen. Diese „neofaschistische Greueltat“ werde den Untergang der Rassisten „nur beschleunigen“ (NCNA 28.6.76).

## Nahost

### (4) Das ägyptisch-chinesische Netz der Zusammenarbeit wird immer enger geknüpft

Nach der Lieferung von MIG-Motoren und anderen Entwicklungsbeiträgen (Näheres s. C.a. 1976, Juni Ü 11) ist inzwischen an der ägyptischen Botschaft in Peking der Posten eines Militärattachés geschaffen worden. Der neue Attaché in Peking wird auch für die ägyptisch-nordkoreanischen Militärbeziehungen zuständig sein.

Am 30.5. traf außerdem eine chinesische Handelsdelegation zu einem zehntägigen Besuch Ägyptens in Kairo ein. Die Delegation wurde von keinem geringeren als dem Stellvertretenden Außenhandelsminister der VR China geleitet. Schließlich traf am 1.6. - aus Khartoum kommend - der chinesische Minister für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland, Fang Yi, in Kairo ein, um mit den ägyptischen Verantwortlichen Gespräche über eine Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu führen.

## Asien

### (5) König Birendra von Nepal besuchte China

König Birendra von Nepal traf in Begleitung einer dreißigköpfigen Delegation am 2.6. zu einem einwöchigen Besuch in China ein. Zunächst wurde er in Chengtu, der Hauptstadt der chinesischen Provinz Szechuan, empfangen. Dort auch führte er erste Gespräche mit Ministerpräsident Hua Kuo-feng über die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Nachbarländern. In seiner Bankettrede am 2.6. erklärte Hua Kuo-feng, daß „es zwischen beiden Staaten keinerlei Probleme gibt und wir wahre Freunde sind“. König Birendra, der China schon zum dritten Male besuche, habe sich um die chinesisch-nepalesische Freundschaft Verdienste erworben. 1974 hatte S.M. der König entschlossene und energische Maßnahmen gegen die Handvoll Dalai-Rebellenbanditen ergriffen, die von Tibet nach Nepal geflohen waren. Damit hat er dieses Problem einer befriedigenden Lösung zugeführt und ihren Plan, die chinesisch-nepalesische Freundschaft zu sabotieren, gründlich zerschlagen... S.M. der König ist über den Himalaya geflogen, um China zu besuchen. Damit hat er zum erstenmal in der Geschichte eine direkte Luftverkehrslinie zwischen Nepal und China eröffnet, eine Brücke der chinesisch-nepalesischen Freundschaft über dem 'Dach der Welt' ... S.M. König Birendra wird das erste ausländische Staatsoberhaupt sein, das die chinesische Autonome Region Tibet besucht“.

Außerdem sprach sich Hua Kuo-feng für die von Nepal vorgeschlagene Friedenszone aus. Der nepalesische König hatte erklärt, daß sein Vorschlag, Nepal zu einer Friedenszone zu erklären, das Hauptanliegen der nepalesischen Außenpolitik sei (NCNA 3.6.76 und PRu 1976 Nr.24 S.3 ff. und 6 ff.).

Nepal ist übrigens der einzige Staat, der bisher ein Konsularamt in Lhasa, der Hauptstadt Tibets, unterhalten konnte. Der Himalayastaat, der zwischen den beiden asiatischen Riesen Indien und China eingeklemt ist, muß immer wieder versuchen, eine Balance zwischen beiden zu halten. Das forsche Vorgehen Indiens in der Himalaya-Region, vor allem in Bhutan und Sikkim, veranlaßt Nepal, sich zur Zeit mehr an China anzulehnen. Zu diesem Zweck gilt es alle Hürden zu beseitigen, die der nepalesisch-chinesischen Freundschaft im Wege stehen könnten. U.a. zählen dazu die Versuche von Tibet-Flüchtlingen, Bhutan und Nepal als Operationsbasen für Sabotageakte gegen chinesische Truppen in Tibet zu benutzen.

Birendra wurde für sein Vorgehen gegen die tibetischen Freischärler von Hua Kuo-feng ausdrücklich gelobt (zum Verhältnis China-Nepal und zu diesen Vorgängen im einzelnen vgl. C.a.Dez.1974, S.760 ff.).

Der Besuch des nepalesischen Königs erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die indisch-chinesischen Beziehungen sich wieder langsam zu normalisieren beginnen. Zum ersten Mal nach Ablauf von fünfzehn Jahren entsendet Indien im Juli 1976 wieder einen Botschafter nach Peking. Durch den Grenzkrieg von 1961/62 waren die beiderseitigen Beziehungen auf den bisherigen Tiefpunkt geraten. Auch Peking wird wohl kaum noch lange zögern, einen Botschafter nach Neu-Delhi zu entsenden.

### (6) Nachwirkungen des Besuchs von Lee Kuan Yew in Peking

Die Regierung von Singapore hat vier Vertretern der Bank of China Visa für einen dreimonatigen Aufenthalt in dem südostasiatischen Stadtstaat erteilt. Unter Umständen kann der Schritt zur Errichtung einer ständigen Handelsmission Pekings in Singapore führen. Dies wäre wenigstens ein konkretes Ergebnis, nachdem es nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten gekommen ist.

## Australien

### (7) Staatsbesuch des australischen Ministerpräsidenten in China

Am 20.6.76 traf der australische Ministerpräsident Malcolm Fraser zu einem offiziellen Staatsbesuch in Peking ein. Am Abend desselben Tages gab der chinesische Ministerpräsident Hua Kuo-feng ein Bankett für den australischen Gast. Am 24.6. verließ Fraser mit seiner Delegation die chinesische Hauptstadt, um nach Taiyuan weiterzufahren. Am 27.6. traten die australischen Gäste von Canton aus den Rückflug an (NCNA 21., 24., 27.6.76) (Näheres zum Besuch Frasers s. Thema "Detente im asiatisch-pazifischen Raum" in diesem Heft).

## Internationale Organisationen

### (8) Das Internationale Olympische Komitee, Taiwan und Canada

Knapp drei Wochen vor Beginn der Olympischen Spiele von Montreal kam es zu einem Streit zwischen dem IOC und Canada über die Teilnahme der Sportvertretung Taiwans, die unter der Bezeichnung "Republik China" auftreten will. Das IOC-Hauptquartier in Lausanne gab bekannt, die kanadische Regierung habe ihm Ende Juni mitgeteilt, daß sie der Mannschaft der "Republik China" unter diesem Namen und unter der chinesischen Flagge die Einreise verwehren werde. Das IOC betrachte diese Haltung als "krassen Widerspruch" zu den olympischen Bestimmungen, da die Republik nach wie vor anerkanntes Mitglied der olympischen Bewegung sei. Canada andererseits gab zu verstehen, daß es mit der VR China, die allein China repräsentiere, diplomatische Beziehungen unterhalte.

(Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Canada und der VR China i.J. 1972 war erstmals eine Formel zustande gekommen, durch die der kanadische Partner die Ansicht Pekings, daß es nur ein China gebe und daß dieses eine China, einschließlich der Provinz Taiwan, von der Regierung in Peking repräsentiert werde, zur Kenntnis nahm.)

Das IOC fand es unverzeihlich, daß die kanadische Regierung erst zwei Wochen vor der Eröffnungsfeier die neuen Schwierigkeiten provozieren konnte. Wenige Wochen vorher hatte nichts darauf hingewiesen, daß der Teilnahme Taiwans Hindernisse im Wege stünden. Das IOC warf der kanadischen Regierung vor, sie habe eine für die Bewerbung Montreals abgegebene Garantieerklärung nicht eingehalten. In dem Brief, der 1969 von Außenminister Mitchell Sharp an das IOC geschrieben worden sei, hieß es u.a.: "Alle Nationalen Olympischen Komitees, die internationalen Sportverbände, die vom IOC anerkannt werden, haben die Möglichkeit, nach Canada einzureisen, in Übereinstimmung mit

den normalen Regeln". Das IOC habe jedoch nicht nachgefragt, was unter der Formulierung "in Übereinstimmung mit den normalen Regeln" zu verstehen sei. Die kanadische Regierung verstehe den Zusatz so, daß sie darüber bestimmen könne, wer in ihr Land einreisen darf.

Eine Zeitlang hieß es sogar, das IOC habe angedroht, den Olympischen Spielen sein Patronat zu entziehen. Diese Behauptung wurde jedoch vom IOC-Präsidenten Killanin zurückgewiesen. Auch das Nationale Olympische Komitee der Vereinigten Staaten gab in einem Telegramm an die Organisatoren von Montreal die Erklärung ab, der zufolge die US-Mannschaft für den Fall auf eine Teilnahme an den Olympischen Spielen verzichten wolle, daß Taiwan ausgeschlossen werde. Der Text der amerikanischen Botschaft lautet: "Das NOK der Vereinigten Staaten protestiert aufs schärfste und rechnet auf eine sofortige Überprüfung der Entscheidung der kanadischen Regierung, dem Taiwanesischen Olympischen Komitee, einem angesehenen Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, die Teilnahme an den Olympischen Spielen 1976 in Montreal nur unter bestimmten Bedingungen zu gestatten. Wenn die Spiele deshalb vom IOC für nicht "offiziell" erklärt werden, stellt das die Teilnahme der USA ernsthaft in Frage. Die Spiele müssen von der internationalen Politik freibleiben". Auch der Internationale Leichtathletikverband und der Internationale Judoverband protestierten scharf gegen die Haltung Canadas in der Taiwanfrage. Eine Absage der Spiele sei besser als eine Kapitulation vor der Politik, hieß es in der Erklärung des Judoverbandes.

## INNENPOLITIK

### (9) Chinas Bourgeoisie

In einem am 14.6.76 von Radio Peking ausgestrahlten Kommentar ("Es ist nötig, einen langwierigen Kampf gegen die Wegbereiter des Kapitalismus zu führen"), der betonte, daß sich der Kampf gegen Teng Hsiao-p'ing lange hinziehen werde, hieß es, daß die Bourgeoisie noch immer eine "sehr beherrschende" Position in der Erziehung, Kultur und in anderen Bereichen einnehme.

Ein Sprecher bei der Konferenz "Von Tachai lernen", die in der Provinz Anhui stattfand, äußerte sich im gleichen Zusammenhang über das Bestreben der Bourgeoisie, die "Arbeiter und Kader (zu zersetzen) und die sozialistische, wirtschaftliche Grundlage (des Staates) politisch, ideologisch, organisatorisch und ökonomisch zu unterminieren".

Der von Radio Hofei am 9.6.76 wiedergegebene Passus über die diesbezüglichen Bestrebungen der "Bourgeoisie" in der Provinz Anhui lautete:

"Ihre Aktivitäten wurden meistens mit der Unterstützung, der Rückendeckung und sogar der direkten Beteiligung der 'Wegbereiter des Kapitalismus innerhalb der Partei' ausgeführt.

In der Tat übt die Bourgeoisie (noch immer) in einigen Unternehmen die Diktatur über das Proletariat aus.

Dies zeigt uns, daß Industrie- und Bergbauunternehmen, die sich vom Klassenkampf fernhalten, nicht nur unfähig sein werden, die Produktion für den Sozialismus zu fördern, sondern auch ein Treibhaus für die Schaffung einer neuen Bourgeoisie werden." (SWB, 17.6.76)